

Klimawandel, Wasserkonflikte und menschliche Sicherheit im Mittelmeerraum, dem Nahen Osten und der Sahelzone

Ergebnisse des Forschungsprojekts CLICO

Der vierte Policy Brief des von der EU geförderten Forschungsprojekts "Klimawandel, Wasserkonflikte und menschliche Sicherheit" (CLICO) stellt Ergebnisse zum Verhältnis von Klimawandel, menschlicher Sicherheit und Wasserkonflikten im Mittelmeerraum, dem Nahen Osten und der Sahelzone vor.

Die CLICO Forschungsergebnisse bestätigen bisherige Erkenntnisse, dass der Klimawandel und seine wasserbezogenen Auswirkungen menschliche Sicherheit im Zusammenspiel mit einer Reihe sozialer, ökonomischer und politischer Faktoren beeinträchtigen können. CLICO Fallstudien in Niger, der Türkei und Äthiopien belegen, dass soziale Marginalisierung (z. B. Armut) eine bestehende Vulnerabilität gegenüber klimatischen Risiken sowie menschliche Unsicherheit verschärfen kann. Hingegen besteht allenfalls eine indirekte Verbindung zwischen dem Klimawandel und Wasserkonflikten. Für die meisten der in CLICO untersuchten Konfliktsituationen sind politische, ökonomische und soziale Faktoren gegenwärtig von größerer Bedeutung als Wasserknappheit oder klimatische Effekte. Ob sich dies in Zukunft ändern wird, ist jedoch unklar.

Staaten kommt bei der Anpassung an den Klimawandel eine Schlüsselrolle zu; sie können Anpassungsmaßnahmen planen und erleichtern, indem sie den rechtlichen und politischen Rahmen für Anpassungsmaßnahmen von Individuen, Gruppen und Gemeinschaften schaffen. Staaten haben häufig auch bessere Möglichkeiten als Einzelpersonen oder bestimmte Gemeinschaften, grundlegende sozio-ökonomische Bedingungen zu verändern, die zur Marginalisierung und damit besonderen Vulnerabilität bestimmter Bevölkerungsgruppen gegenüber dem Klimawandel führen. Staatliche Anpassungsmaßnahmen sind auch dann wichtig, wenn die Bevölkerung eines Staates

sich nicht aus eigener Kraft an den Klimawandel anpassen kann.

Allerdings sind staatliche Anpassungsmaßnahmen kein Patentrezept. Solche Maßnahmen können die Fähigkeit von Gemeinschaften reduzieren, selbst und autonom Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen. Zudem sind staatliche Maßnahmen teilweise einseitig auf bestimmte Gruppen ausgerichtet, was Kosten und Risiken für andere Gruppen mit sich bringt.

Anpassung kann auch negative und kontraproduktive Auswirkungen haben. Ein Beispiel dafür findet sich in Niger, wo Bauern sich an unregelmäßigere Niederschläge und verminderte Erträge durch eine Ausdehnung ihrer Anbauflächen angepasst haben. Zudem verlangen sie Schadensersatz, wenn Weidetiere ihre Felder beschädigen. Diese Maßnahmen haben die Anpassungsfähigkeit von Viehhaltern in der Region beeinträchtigt, die weniger Weidefläche zur Verfügung haben und größere Ausgaben haben, weil sie für den von ihren Herden verursachten Schaden bezahlen müssen.

Andere Fallstudien zeigen die teilweise ambivalenten Auswirkungen staatlicher Anpassungsmaßnahmen. Ein Beispiel hierfür bietet Alexandria, eine niedrig gelegene Küstenstadt in Ägypten. Staatliche Umsiedlungsmaßnahmen vermindern zwar die unmittelbar durch einen Anstieg des Meeresspiegels verursachten Risiken wie z. B. Überschwemmungen; gleichzeitig entstehen dadurch für die Bevölkerung neue Risiken, z. B. durch fehlende Möglichkeiten zur Einkommenssicherung am neuen Wohnort. In der Region Gambella in Äthiopien haben verschiedene Maßnahmen, die auf landwirtschaftliche Modernisierung und die dauerhafte Ansiedlung der ländlichen Bevölkerung abzielen, zumindest kurzfristig zu größerer menschlicher Unsicherheit für einen Teil der Bevölkerung geführt. Der dauerhafte Ansiedlung dieser Personen außerhalb eines

Überschwemmungsgebiets, in dem sie vorher gelebt hatten, hat zwar ihre Gefährdung durch Überschwemmungen verringert, sie aber gleichzeitig anfälliger gegenüber Wasserknappheit gemacht. Dies ist problematisch, weil der Regen in dieser Region unregelmäßig ist, was sich in Zukunft auf Grund des Klimawandels noch verschärfen dürfte.

Die Stärkung sozialer Sicherungssysteme ist ein effektiver Ansatz, menschliche Sicherheit zu stärken. Dies ist jedoch für viele Entwicklungsländer keine Priorität. Auch innerhalb der EU und anderer Industrieländer werden soziale Sicherungssysteme sowie Institutionen der Katastrophenhilfe im Zuge der Wirtschafts- und Schuldenkrise abgebaut.



Dies ist eine Zusammenfassung des Policy Brief, welchen das Ecologic Institut (www.ecologic.eu) im Rahmen des Forschungsprojekts "Klimawandel, Wasserkonflikte und menschliche Sicherheit" (CLICO) verfasst hat. CLICO wurde von 14 Forschungseinrichtungen in Europa und dem Nahen Osten (2010-2012) durchgeführt, und unter dem 7. Forschungsrahmenprogramm der EU gefördert. Die vollständige englische Fassung des Policy Brief kann unter www.clico.org heruntergeladen werden. Übersetzung ins Deutsche: Christiane Gerstetter.